

# Widerstand gegen die Bezahlkarte in Freiburg und anderswo!

## Keine Bezahlkarte für Geflüchtete!

### Protest-Kundgebung vor dem Regierungspräsidium

**Am 09.Dezember 2025 um 18:30 Uhr**

**Kaiser-Joseph-Straße 167, 79098 Freiburg**

## Nein zum ausgrenzenden Bezahlkartensystem!

Das Land Baden-Württemberg hat die Stadt Freiburg mit zwei förmlichen Anweisungen dazu gezwungen, die Bezahlkarte für Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz einzuführen. Die erste Weisung erfolgte am 25.August 2025, zuvor hatte Freiburg als einziger Stadt- oder Landkreis in Baden-Württemberg von der Einführung der Bezahlkarte abgesehen. Aktuell wird die Weisung trotz großer Bedenken in der Stadtverwaltung befolgt, die ersten Bezahlkarten sollen Anfang 2026 an ca 200 Betroffene ausgegeben werden.

**Die einschränkende Bezahlkarte entspricht absolut nicht einer Girokarte, die mit einem privaten Bankkonto verbunden ist.** Bargeld ist auf 50€ pro Monat beschränkt und Kartenzahlungen sind nur dort möglich, wo Visa akzeptiert wird. Dadurch können die geringen Leistungen, die 22% unter dem Bürgergeld liegen, nicht optimal eingesetzt werden. Desweiteren werden Ausgrenzungen auf digitalem Weg zunehmen. Der gesamte digitale Zahlungsverkehr läuft über die Behörden, Überweisungen und Lastschriften müssen genehmigt werden. Dadurch werden Geflüchtete fremdbestimmt und nicht als Subjekt, sondern als Objekt wahrgenommen. Die Leistungsbehörde wird zur Kontrollbehörde, sie kann Kontoeinsicht erzwingen, Leistungen per Knopfdruck sperren und die Kartennutzung lokal einschränken. **Insgesamt wird mit der Bezahlkarte massiv in das grundrechtlich garantierte Existenzminimum eingegriffen.**

Am 09. Dezember 2025 diskutiert der Gemeinderat rechtliche Möglichkeiten und Ermessensspielräume gegen die Einführung der Bezahlkarte. **Wir rufen den Gemeinderat dazu auf, sich in aller Deutlichkeit politisch gegen das Bezahlkartensystem zu positionieren und die negativen Auswirkungen auf Geflüchtete, Integration und Stadtgesellschaft in Freiburg zu verdeutlichen. Wir fordern die Stadtverwaltung auf alle Möglichkeiten zu nutzen, um die Einführung der Bezahlkarte zu verhindern oder zu verzögern. Zudem müssen**

## die Kosten der Bezahlkarte öffentlich gemacht werden.

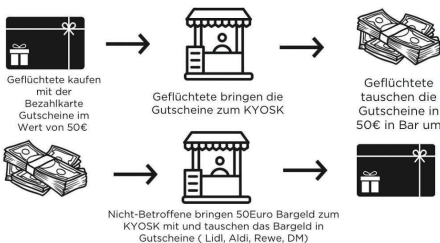
Die Politik des Landes verdeutlicht die autoritäre Verschiebung des Sozialstaats in Deutschland, die auch beim Thema Bürgergeld zu sehen ist, und folgt einer langen Tradition, Asylsuchende zu managen und zu disziplinieren. Der Ermessensspielraum des AsylbLG und Urteile des Bundesverfassungsgerichts zum Existenzminimum werden missachtet, Grund- und Datenschutzrechtliche Einwände werden ignoriert. Die Landesregierung bewegt sich bewusst in einer Grauzone und geht davon aus, dass das AsylbLG in Bezug auf die Bezahlkarte auf Bundesebene weiter verschärft wird.

**Das Grundgesetz garantiert die Würde jedes einzelnen Menschen. Das Bundesverfassungsgericht hat daraus mehrfach und deutlich die Verpflichtung abgeleitet, jedem Menschen ein würdiges Existenz-minimum zu garantieren.** Das bedeutet explizit nicht, den Mensch wie ein Tier zu behandeln, der nur genug zu Essen braucht. Jeder Mensch hat das Recht auf Teilhabe am gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Leben.

**Das Bezahlkartensystem erschwert diese Teilhabe massiv und greift so in die Grundrechte der Menschen ein. Ein solches System hat nichts anderes als die rassistische Ungleichbehandlung von Menschen und Ausgrenzung zum Ziel. Wir rufen daher alle dazu auf, sich am 09. Dezember 2025 ab 18:30 Uhr vor dem Regierungspräsidium zu versammeln und ein deutliches Zeichen für den Widerstand gegen die ausgrenzende Bezahlkarte zu setzen.**



### GUTSCHEINTAUSCHBÖRSE



# Nein!

KONTAKT:

**Initiative Bezahlkarte Stoppen Freiburg**  
Treffen mittwochs (gerade Wochen) 18 Uhr, Adlerstr. 12, rasthaus Freiburg

[info@asylblg-abschaffen.de](mailto:info@asylblg-abschaffen.de)  
<https://bezahlkarte-stoppen.org/>